



Darmstadt, 19. März 2010

2. Pressemitteilung vom Tage

Treffen der Integrationsbeauftragten des Bundes und der Länder: **„Mehr Demokratie wagen“**

Der Interkulturelle Rat in Deutschland fordert die Integrationsbeauftragten des Bundes und der Länder dazu auf, sich für mehr politische Teilhabechancen für Einwanderer einzusetzen. Das erklärt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates anlässlich des Treffens der Beauftragten in Düsseldorf.

„Mehr politische Mitbestimmungsrechte für Einwanderer sind gut für unsere Demokratie und fördern den gesellschaftlichen Integrationsprozess“, so Jäger weiter. „In einer Demokratie sollten alle Mitglieder die gleichen politischen Rechte und Pflichten haben. In Deutschland sind etwa 7 Millionen Ausländer weitgehend von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Damit wird die demokratische Legitimation der Entscheidungen in den Parlamenten beschädigt.“

Jäger wies darauf hin, dass vor allem in den Gemeindeparlamenten Entscheidungen getroffen würden, die unmittelbaren Einfluss auf die konkrete Lebenssituation haben. Deshalb engagiere sich der Interkulturelle Rat zusammen mit Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen für ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner – unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

„Der Königsweg zu politischer Partizipation führt aber über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Denn erst mit der Einbürgerung haben Einwanderer im wahrsten Sinne des Wortes die gleichberechtigte Wahl“, so Jäger. Deshalb sei es wichtig, Hindernisse auf dem Weg zur Einbürgerung zu beseitigen. Hierzu gehöre vor allem das Prinzip der Vermeidung von Doppel- oder Mehrstaatigkeit: „Doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeiten sind keine Krankheit und führen nicht zu Loyalitätskonflikten. Sie geben vielen Einwanderern aber die Möglichkeit, eine identitätsstärkende Brücke zwischen Herkunft und Heimat zu schlagen.“

Jäger forderte weiter, den Optionszwang für Kinder nichtdeutscher Eltern ersatzlos aus dem Staatsangehörigkeitsrecht zu streichen. „Es ist unsinnig, einerseits für mehr Einbürgerung zu werben und andererseits Kinder, die seit ihrer Geburt Deutsche sind, mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit zu bedrohen.“ Er wies in diesem Zusammenhang auf die überparteiliche Initiative hin, die sich im Rahmen der Kampagne „Sie gehören zu uns!“ für die Abschaffung des Optionszwangs ausspricht.

„Mehr Demokratie zu wagen und Einwanderern neue Wege zu politischer Mitbestimmung zu öffnen, stärkt nicht nur die Integration und unsere Demokratie“, so Jäger. „Das Recht auf Mitbestimmung ist zugleich ein guter Schutz gegen Rassismus.“

Deshalb sei das Thema „politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten“ ein Schwerpunkt der diesjährigen „Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 15. bis 28. März. „Denn immer noch werden mancherorts Wahlkämpfe und Politik auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten gemacht, die sich an Wahlsonntagen nicht mit ihrer Stimme wehren können“, so Jäger. „Damit muss Schluss sein!“